



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Isabell Zacharias SPD**
vom 25.01.2018

Regionalisierungsstrategie für die bayerischen Hochschulen

Im Rahmen der Regionalisierungsstrategie für die bayerischen Hochschulen wurden laut Staatsregierung durch neu eingerichtete Studienstandorte „weiße Flecken in der bayerischen Wissenschaftslandschaft beseitigt“.

Ich frage die Staatsregierung:

1. An welchen Standorten wurden bisher neue Studienstandorte realisiert?
2. Wie waren die Kommunen der neu eingerichteten Studienstandorte im Vorfeld eingebunden?
3. Wie hoch sind die kommunalen Kosten an der Regionalisierungsstrategie für das bayerische Hochschulwesen?
4. Wie hoch sind die Kosten je Hochschulstandort/Kommune?
5. Wie sind die Kosten verteilt (Freistaat/Kommune/...)?
6. Wurde im Vorfeld abgeklärt, ob die Kommunen genügend Mittel in ihrem Haushalt für eine finanzielle Beteiligung haben?
7. Wie wird die langfristige Finanzierung in den Haushalten der Kommunen gesichert?

Antwort

des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst
vom 23.02.2018

Vorbemerkung:

Die sog. Wissenschaftsgestützte Struktur- und Regionalisierungsstrategie der Staatsregierung aus dem Jahr 2014 umfasst folgende Fördersäulen:

- Landesweiter Wettbewerb „Partnerschaft, Hochschule und Region“ zum Aufbau sog. Lernorte,
- Wissenschaftspolitisch begründete Priorisierungsstandorte,
- Langfristige Erfolgsstrategie für die Technologietransferzentren,
- Stärkung der Profilbildung technisch orientierter Hochschulen für angewandte Wissenschaften als Technische Hochschulen.

Da explizit nach neuen „Studienstandorten“ gefragt wird, bezieht sich die Beantwortung ausschließlich auf die beiden zuerst genannten Punkte.

1. An welchen Standorten wurden bisher neue Studienstandorte realisiert?

Oberfranken:

Kronach – Masterstudiengang „ZukunftsDesign“ der HaW Coburg

Seit dem Sommersemester 2016 bietet die Hochschule für angewandte Wissenschaften (HaW) Coburg einen Masterstudiengang „ZukunftsDesign“ in Kronach an. Dieser Studiengang ist in Bayern einmalig.

Die räumliche Unterbringung des Studiengangs wird seitens des Landkreises Kronach für einen Zeitraum von fünf Jahren sichergestellt. Für den erforderlichen Umbau der Räumlichkeiten leistet zudem die Oberfrankenstiftung einen finanziellen Beitrag.

Unterfranken:

Miltenberg: Bachelorstudiengang „Betriebswirtschaft für kleine und mittlere Unternehmen“ (KMU) der HaW Aschaffenburg (in Kooperation mit der HaW Ansbach)

Der Studiengang ist erstmalig zum Wintersemester 2017/2018 gestartet. Die Inhalte sind speziell auf den Bedarf der regionalen kleineren und mittleren Unternehmen ausgerichtet.

Der Landkreis hat Räumlichkeiten für den Studiengang in einer Berufsschule renoviert und stellt diese der Hochschule – zunächst für fünf Jahre – unentgeltlich zur Verfügung.

Mittelfranken:**Neumarkt in der Oberpfalz: Bachelorstudiengang „Management in der Biobranche“ der Technischen Hochschule (TH) Nürnberg**

Der zulassungsbeschränkte Studiengang der Fakultäten Betriebswirtschaft und Angewandte Chemie ist zum Wintersemester 2016/2017 gestartet.

Die Stadt Neumarkt gewährleistet die räumliche Unterbringung des Studienangebots (bisher in einer Anmietung im Haus St. Marien; zukünftig in einem eigens für das Studienangebot errichteten Gebäude im Zentrum und in Bahnhofsnähe) für fünf Jahre ab Start des Studiengangs kostenfrei. Daneben hat sie – zunächst für fünf Jahre ab Start des Studiengangs – eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 250.000 Euro jährlich für die Finanzierung von Stiftungsprofessuren durch die örtliche Wirtschaft übernommen.

Rothenburg o.d.Tauber: Bachelorstudiengang „Interkulturelles Management“ der HaW Ansbach

Zum Wintersemester 2016/2017 hat der neue Studiengang „Interkulturelles Management“ der HaW Ansbach am Lernort Rothenburg o.d.Tauber begonnen.

Bislang ist der Studiengang noch in räumlichen Provisorien untergebracht; der Abschluss des Umbaus der eigentlich hierfür vorgesehenen Luitpoldschule durch die Stadt Rothenburg o.d.Tauber und die Eröffnung dieser Räumlichkeiten sind für das Sommersemester 2018 vorgesehen. Zudem übernimmt die Stadt für die Dauer von fünf Jahren die entstehenden Betriebskosten. Eine Stiftungsprofessur (finanziert von Betrieben/Unternehmen aus Rothenburg und Umgebung für die Dauer von fünf Jahren) wird voraussichtlich zum Wintersemester 2018/2019 besetzt sein. Die Stadt finanziert in diesem Kontext eine ggf. entstehende „Deckungslücke“.

Feuchtwangen: Integriertes Studien- und Technologiezentrum „Nachhaltigkeit – Schwerpunkt Bauwesen“ der HaW Ansbach

Im Bereich des Studienzentrums wird der Teilstudiengang „Nachhaltige Gebäudetechnik“ des Bachelorstudiengangs „Angewandte Ingenieurwissenschaften“ der HaW Ansbach angeboten. Der letztgenannte Studiengang ist zum Wintersemester 2015/2016 in Ansbach angelaufen, zum Wintersemester 2017/2018 werden erstmals Studierende vor Ort in Feuchtwangen studieren.

Die Stadt Feuchtwangen finanziert die kompletten Kosten für die Unterbringung des integrierten Studien- und Technologiezentrums (Büro-, Seminar- und Laborräume usw.) durch die Bereitstellung entsprechender Räumlichkeiten/Infrastruktur einschließlich aller Betriebskosten. Der Landkreis Ansbach beteiligt sich an den Einrichtungen des Zentrums durch einen Projektanschub von 60.000 Euro.

Das erste Gebäude zur räumlichen Unterbringung des Studien- und Technologiezentrums (= Technikum mit provisorischen Labor- und Mitarbeiterräumen) wird voraussichtlich Anfang 2018 bezugsfertig sein. Ein weiteres Gebäude mit Seminarräumen und endgültigen Laborräumen ist in Planung.

Oberpfalz:**Abensberg (Ndb), Cham und Tirschenreuth: Berufs begleitender, dezentraler Bachelorstudiengang „Soziale Arbeit“ mit Schwerpunkt Migrationssensibilität der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Regensburg**

Das erstmalig zum Wintersemester 2016/2017 angebotene Studium an der OTH Regensburg gewährleistet eine enge Verbindung der Lernorte zum Hauptcampus, nicht zuletzt durch verschiedene Elemente der virtuellen Lehre. Das Studium ermöglicht Berufstätigen im Bereich der Sozialen Arbeit, sich – auch ohne Abitur – wissenschaftlich zu qualifizieren, und bietet damit vor allem im ländlichen Raum neue Karrierechancen.

Sowohl in Abensberg als auch in Tirschenreuth und Cham haben sich die Städte Abensberg und Tirschenreuth sowie der Landkreis Cham zur kostenlosen Überlassung von geeigneten Räumlichkeiten für den Studiengang (einschließlich der Betriebskosten) für eine Laufzeit von fünf Jahren verpflichtet.

Niederbayern:**Pfarrkirchen: Studienstandort der TH Deggendorf für internationale Studienangebote im Bereich Gesundheit und Technik**

Der Pfarrkirchner Studienbetrieb ist bereits zum Wintersemester 2015/2016 mit dem Bachelorstudiengang „International Tourism Management/Health and Medical Tourism“ sowie dem Masterstudiengang „Medical Informatics“ angelaufen; zum Wintersemester 2016/2017 ist der Bachelorstudiengang „Industrial Engineering/Maintenance and Operation“ und zum Sommersemester 2017 der Masterstudiengang „International Tourism Management“ hinzugekommen. Ab dem Wintersemester 2017/2018 wird das Studienangebot mit dem Bachelorstudiengang „Health Informatics“ weiter ausgebaut.

Derzeit befindet sich der European Campus noch in angemieteten Räumlichkeiten. 2015 und 2016 wurde die Miete von der Stadt Pfarrkirchen übernommen, seit 2017 bezahlt die Hochschule die Miete. Aufgrund des großen Studierendenandrangs hat die Stadt Pfarrkirchen der Hochschule noch zwei zusätzliche Räume kostenlos für Vorlesungen zur Verfügung gestellt. Um die Zeit bis zur Fertigstellung eines staatlichen Neubaus zu überbrücken und den weiteren Aufbau des Standorts zu unterstützen, wird der Landkreis Rottal-Inn ein zusätzliches Gebäude errichten, das der Hochschule als Interimslösung kostenfrei zur Verfügung gestellt werden wird.

Cham: Studium Dual International Mechatronik/Industrie 4.0 der TH Deggendorf

In dem international ausgerichteten Studiengang in Kooperation von TH Deggendorf und der Westböhmischen Universität Pilsen soll eine intensive Zusammenarbeit insbesondere mit Tschechien stattfinden.

Das Einvernehmen für den Bachelorstudiengang „Mechatronische und cyber-physikalische Systeme“ wurde bereits erteilt, ein Start zum Wintersemester 2018/2019 ist möglich.

Während der Anschubfinanzierungsphase des Technologiecampus Cham stellen Stadt und Landkreis die notwendigen Räumlichkeiten kostenlos zur Verfügung; der Studiengang wird in diesen Räumlichkeiten durchgeführt werden.

Hauzenberg/Straubing: Berufsbegleitender Bachelorstudiengang „Wirtschaftsingenieurwesen Energie/Logistik der HaW Landshut (in Kooperation mit der Hochschule München)

Der Studiengang ist zum Sommersemester 2017 angelaufen, verzeichnet bislang allerdings nur eine eher geringe Nachfrage. Mittels entsprechender Projektkoordinatoren vor Ort soll sich dies bis zum Start der nächsten Kohorte ändern.

Die Städte Straubing und Hauzenberg stellen die für das Studienangebot erforderlichen Räumlichkeiten für fünf Jahre kostenfrei zur Verfügung.

Oberbayern:

Mühldorf am Inn: Bachelorstudiengang „Kindheitspädagogik“ der HaW Rosenheim

Zusätzlich zu den bereits vorhandenen Studiengängen der HaW Rosenheim in Mühldorf am Inn (Betriebswirtschaft und Maschinenbau – jeweils berufsbegleitend seit Wintersemester 2014/2015; Pflege dual seit Wintersemester 2015/2016 sowie Pädagogik der Kindheit und Jugend seit Wintersemester 2016/2017) hat zum Wintersemester 2017/2018 der neue Bachelorstudiengang „Soziale Arbeit“ begonnen.

Angesichts der steigenden Studierendenzahl wird eine neue Unterbringung in einem angepassten Gewerbegebäude bezogen, die von der Stadt Mühldorf bereitgestellt wird. Die Errichtung eines Neubaus durch die kommunale Seite ist geplant.

Burghausen: Bachelorstudiengänge „Betriebswirtschaft“ und „Chemieingenieurwesen“ der HaW Rosenheim

Der Campus Burghausen wurde am 29.09.2016 offiziell eröffnet.

Die staatliche Förderung umfasst das notwendige Personal sowie die technische Ausstattung. Die Räumlichkeiten werden von kommunaler Seite bereitgestellt. Einrichtungen der Wacker-Chemie in Burghausen stehen der Hochschule als Labore zur Verfügung. Die Planungen zur Errichtung eines neuen Laborgebäudes laufen. Für technikbedingte Zusatzkosten ist im Nachtragshaushalt (NHH) 2018 eine Verpflichtungsermächtigung von rund 5 Mio. Euro enthalten, die eine ratenweise staatliche Unterstützung ermöglicht. Mittelfristig sollen weitere Studiengänge in Burghausen folgen.

Schwaben:

Nördlingen/Memmingen: Bachelorstudiengang „Systems Engineering“ der HaW Augsburg, Kempten und Neu-Ulm

Im Rahmen des Wettbewerbs waren die drei schwäbischen Hochschulen mit dem Verbundantrag „Digital und Regional“ erfolgreich, so dass zum Wintersemester 2016/2017 der erste Studiengang des Projekts, der Bachelorstudiengang „Systems Engineering“ (in Teilzeit), an den Lernorten Nördlingen und Memmingen anlaufen konnte.

Die Räumlichkeiten sowohl in Nördlingen als auch in Memmingen werden für jeweils fünf Jahre den beteiligten Hochschulen von den Kommunen kostenfrei überlassen.

2. Wie waren die Kommunen der neu eingerichteten Studienstandorte im Vorfeld eingebunden?

Grundsätzlich haben die Kommunen in der Vergangenheit nicht nur beim Aufbau von „Nebenstandorten“, sondern auch bei der Einrichtung/Erweiterung von Hauptstandorten immer wieder Beiträge geleistet (z. B. Unterstützung bei großen Baumaßnahmen, Überlassung von Räumlichkeiten oder Vermietung von Flächen zu günstigen Konditionen).

Die Erfahrungen mit den ab 1994 neu gegründeten Hochschulen haben gezeigt, dass derartige Einrichtungen regelmäßig zu einem wichtigen Standort- und damit auch Wettbewerbsvorteil für eine Kommune/Region werden. Vor diesem Hintergrund ergreifen viele Kommunen bereits von sich aus die Initiative, um neue Studiengangskonzepte von Hochschulen zu ermöglichen oder gezielt räumlich weiterzuentwickeln.

Zwingende Voraussetzung für die Einrichtung von Standorten war und ist immer eine vorangegangene Beratung und zustimmende Beschlussfassung in den jeweiligen Hochschulgremien. Dies setzt zwangsläufig einen engen Abstimmungs- und Rückkoppelungsprozess mit den örtlichen Verantwortungsträgern voraus, der bei allen aktuellen Regionalisierungsstandorten noch nicht abgeschlossen ist. Die im Rahmen der Beantwortung aufgezählten Standorte befinden sich vielmehr alle im Prozess eines kontinuierlichen Aufbaus bzw. einer teilweisen Weiterentwicklung oder Anpassung. Alle diese Entwicklungsschritte sind Gegenstand zahlreicher Gespräche zwischen den Verantwortlichen vor Ort, an den Hochschulen sowie im Staatsministerium.

3. Wie hoch sind die kommunalen Kosten an der Regionalisierungsstrategie für das bayerische Hochschulwesen?

Für die Beantwortung wird zunächst auf die Ausführungen im Rahmen der Antwort zu Frage 1 Bezug genommen.

Der Ministerrat hat bei den Entscheidungen zur Schaffung dezentraler Studienangebote vorausgesetzt, dass die räumliche Unterbringung einschließlich der Betriebskosten grundsätzlich jeweils durch die kommunale Seite sichergestellt bzw. dazu wesentlich beigetragen wird. In die Gesamtbetrachtung werden grundsätzlich auch weitere, von der kommunalen Seite erbrachte Leistungen herangezogen, beispielsweise Stiftungsprofessuren. Bei der unentgeltlichen Überlassung von Räumlichkeiten sind zudem immer Sonderfaktoren – insbesondere die Größe und das angestrebte Ausbauziel des Regionalisierungsprojekts – im Kontext einer Gesamtbetrachtung zu berücksichtigen.

Gerade im Rahmen der Ausschreibung des Wettbewerbs „Partnerschaft Hochschule und Region“ war der Nachweis der Beteiligung der Region eine wesentliche Grundvoraussetzung für den Erfolg eines eingereichten Hochschulkonzepts. Zum Teil erfolgt die Unterbringung in bereits vorhandenen Räumlichkeiten der dort befindlichen Technologietransferzentren, zum Teil werden geeignete Räumlichkeiten in Schulen, Bildungszentren o. Ä. herangezogen und ggf. saniert.

Angesichts des noch laufenden Regionalisierungsprozesses ist ein Saldo (noch) nicht möglich. Hinzu kommt, dass die genauen Kosten für die Sanierung von Gebäuden (die teilweise nicht nur für Hochschulzwecke erfolgt) dem Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (StMBW) nicht bekannt sind.

4. Wie hoch sind die Kosten je Hochschulstandort/Kommune?

Hier wird auf die Ausführungen im Rahmen der Antworten zu Frage 1 sowie 3 Bezug genommen.

5. Wie sind die Kosten verteilt (Freistaat/Kommune/...)?

In Bezug auf die kommunalen Beiträge wird auf die Ausführungen im Rahmen der Antworten zu Frage 1 und 3 Bezug genommen.

Für den Aufbau zusätzlicher Hochschulangebote in allen Regionen Bayerns werden im aktuellen Doppelhaushalt 2017/2018 insgesamt 120 zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt. Zusammen mit den bereits vorhandenen Stellen und Sachmitteln engagiert sich der Freistaat bereits mit rund 31 Mio. Euro p.a. für die Regionalisierung der Hochschullandschaft (einschließlich der Studienangebote in Pfarrkirchen und im südostbayerischen Chemiedreieck). Hinzu kommen aktuell noch ein geplanter Neubau im Umfeld von Deggendorf, die Verpflichtungsermächtigung für Burghausen (siehe auch bei der Antwort zu Frage 1) sowie eine teilweise Übernahme der Miete am Standort Neumarkt in der Oberpfalz. Gerade die letztgenannten Maßnahmen verdeutlichen, dass ausgehend vom Grundsatz der Bereitstellung der Unterbringung für die dezentralen Studienangebote durch die Kommunen in besonders gelagerten Fällen bedarfsgerechte Lösungen gefunden werden können.

6. Wurde im Vorfeld abgeklärt, ob die Kommunen genügend Mittel in ihrem Haushalt für eine finanzielle Beteiligung haben?

Wie in der Antwort zu Frage 2 bereits ausgeführt wurde, ist die grundlegende Voraussetzung für die Einrichtung von weiteren „Studienstandorten“ eine vorangegangene Bera-

tung und zustimmende Beschlussfassung in den jeweiligen Hochschulgremien. Im Rahmen der Einvernehmenserteilung zum neuen Studienangebot hat die Hochschule dem Staatsministerium gegenüber regelmäßig ausreichende Ressourcen nachzuweisen. Dazu können neben eigenen Stellen und Mitteln auch Beiträge Dritter, wie z. B. von Kommunen, Unternehmen oder Stiftern, gehören. Die Hochschulen schließen dazu beispielsweise Kooperationsvereinbarungen ab oder berufen sich auf explizite Beschlüsse der zuständigen kommunalen Gremien.

7. Wie wird die langfristige Finanzierung in den Haushalten der Kommunen gesichert?

Wie im Rahmen der Antwort zu Frage 3 explizit unterstrichen, handelt es sich bei den kommunalen Beiträgen um eine Momentaufnahme, da der Prozess des Aufbaus und ggf. der Weiterentwicklung die jeweiligen Spezifika vor Ort berücksichtigt. Der staatliche Beitrag, der grundsätzlich das erforderliche Personal sowie die technische Ausstattung und die laufenden Kosten für die Lehre umfasst, ist dauerhaft gesichert und kann in enger Abstimmung und Rückkoppelung mit den Entscheidungsträgern vor Ort auch die Anpassung staatlicher Ressourcen umfassen – die Bereitstellung durch den Haushaltsgesetzgeber jeweils vorausgesetzt.

Durch die ebenfalls intendierte strukturpolitische Komponente der Regionalisierungsstrategie erhalten Kommunen und Landkreise mit der Ansiedelung zusätzlicher hochschulischer Angebote verbesserte Rahmenbedingungen für eine nachhaltig positive Entwicklung. Die regionalen Angebote sind eine passgenaue Antwort auf spezifische lokale Besonderheiten der jeweiligen Kommune bzw. dort angesiedelter Wirtschaftsunternehmen, die einen spürbaren und nachgewiesenen Mehrwert erzeugen und damit mittelbar wiederum finanzielle Rückflüsse an die Kommunen ermöglichen.